

C. Wolfgang Müller

## Neue Politisierung der Sozialen Arbeit in den 1960er-/1970er-Jahren



Erschienen in

**ARCHIV für Wissenschaft  
und Praxis der sozialen Arbeit**  
Heft 4/2020

Vierteljahresschrift zur Förderung von  
Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe

Herausgegeben von  
Prof. Dr. Peter Buttner

Deutscher Verein für öffentliche  
und private Fürsorge e. V.  
Michaelkirchstraße 17/18  
10179 Berlin-Mitte  
Tel. 030 629 80-0  
Fax 030 629 80-150  
[www.deutscher-verein.de](http://www.deutscher-verein.de)

## Neue Politisierung der Sozialen Arbeit in den 1960er-/1970er-Jahren

Die Kritik der „Studentenbewegung“ an deutschen Universitäten richtete sich insbesondere auf pädagogische Ausbildungsgänge und ging mit einem neuen politischen Verständnis Sozialer Arbeit einher. Der Autor, seinerzeit Professor für Erziehungswissenschaft/Sozialpädagogik in Berlin, stellt die Abfolge der Ereignisse und die Entwicklung des Diskurses dar.

In den Jahren, in denen sich die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit der Akademisierung der Sozialen Arbeit und der Ausbildung zu verschiedenen ihrer Teilbereiche eröffnete, wurden gleichzeitig auch Stimmen laut, welche wissenschaftliche Traditionen deutscher Universitäten und die Methoden ihres Erkenntnisgewinns problematisierten. Ins Rampenlicht gerieten vor allem die sogenannten „Geistes-“ und „Sozialwissenschaften“. Besondere Kritik gab es an der „wissenschaftlichen Pädagogik“, die erst in den 1980er-Jahren in „Erziehungswissenschaft“ umgetauft wurde.

Heinz-Elmar Tenorth hat in seiner Abschiedsvorlesung an der Berliner Humboldt-Universität 2011 daran erinnert, dass der preußische Kultusminister erst 1917 auf Drängen der Obersten Heeresleitung „Pädagogik“ als Pflichtfach im Lehrerstudium einführte – als Verteidigungswaffe, um den fortschreitenden Einfluss sozialdemokratischer Gedanken auf die Lehrerschaft zu dämpfen (Tenorth 2011). Es erschien dann in der ersten deutschen Republik als problematisch, dass angehende Gymnasiallehrer zwei Fächer studierten, ohne dass ihnen dabei geholfen worden wäre, diese Fächer auch zu unterrichten und ihre Schüler zu befähigen, die dargebotenen Stoffe zu lernen und zu verstehen. Ihre Professoren verfügten meist über keine eigene Unterrichtspraxis, sondern hatten im besten Fall ihr erstes Geld als Hauslehrer bei einer Familie des Adels verdient und folgich keine Ahnung, wie sie mit einer apathischen oder rebellischen Schulklasse umgehen könnten. Die Gründung eigener „Pädagogischer Hochschulen“ war der inzwischen aufgegebene Versuch, ein eigenes erziehendes und bildendes pädagogisches Berufsbild zu schaffen.

Ein neuer Stolperstein bei dem Versuch, die berufsferne wissenschaftliche pädagogische Ausbildung zu überwinden, war 1968 die an sich sinnvolle Anhebung „Höherer Fachschulen“, an denen bisher zu Berufen der Sozialen Arbeit ausgebildet worden war, zu Fachhochschulen. Deren berufserfahrene Ausbilder/innen wurden häufig als „Lehrer im

Hochschuldienst“ herabgestuft. Neue oder frei gewordene Stellen wurden meist von promovierten Hochschullehrer/innen besetzt – die allerdings meist aus nicht pädagogischen Disziplinen kamen. Denn „Sozialpädagogik“ war bisher nur an ganz wenigen Universitäten gelehrt worden wie in Göttingen mit Herman Nohl als Ordinarius und Klaus Mollenhauer als sein bekanntester Schüler als leuchtendes Beispiel.

Studentinnen und Studenten, die Mitte der 1960er-Jahre ihr Studium begannen und später mit Überzeugung lehren wollten, forderten deshalb hochschulöffentlich und auf Konferenzen eine praxisnahe Ausbildung in der Didaktik ihres studierten Faches und eine allgemeine Pädagogik als nicht autoritäre Menschenführung, wie man es damals nannte. Ihre Forderungen nach grundlegenden Revisionen ihres Studiums, moderat vorgetragen, wurden in der akademischen Öffentlichkeit nicht beachtet. Lediglich die Bundeskonferenz der Universitätsassistenten unterstützte die Forderungen, und der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) reihte sie in seine Forderungen nach der Beendigung weltweiter kriegerischer Auseinandersetzungen ein: Anlass waren die Beendigung des Sechstagekriegs Israels, die Ermordung Che Guevaras und die US-Beteiligung an dem Krieg der durch einen blutigen Staatsstreich in Süd-Vietnam an die Macht geputschten Regierung gegen die kommunistischen Vietcong.

## Es begann mit einem „Sit-in“ in Berlin

In der Nervosität der politischen Atmosphäre rief die organisierte Studentenschaft der Freien Universität Berlin am 5. Mai 1967 zu einer Vollversammlung auf. Auf dieser Versammlung hielt der Student Peter Schneider unter dem Titel „Wir haben Fehler gemacht“ eine Rede, die für mich den Beginn einer Bewegung markiert, die in die Zeitgeschichte eingegangen ist. Er erinnerte an die vielen Versuche von Student/innen, sich mit ihren Vorstellungen und Forderungen Gehör zu verschaffen. Keiner wollte sie hören.

„Da sind wir auf den Gedanken gekommen, dass wir erst den Rasen zerstören müssen, bevor wir die Lügen über Vietnam zerstören können, dass wir erst die Marschrichtung ändern müssen, bevor wir etwas an den Notstandsgesetzen ändern können, dass wir erst die Hausordnung brechen müssen, bevor wir die Universitätsordnung brechen können. Da haben wir den Einfall gehabt, dass das Betretungsverbot des Rasens, das Änderungsverbot der Marschrichtung, das Veranstaltungsverbot der Baupolizei genau die Verbote sind, mit denen die Herrschenden dafür sorgen, dass die Empörung über die Verbrechen in Vietnam, über die Notstandspsychose, über die vergreiste Universitätsverfas-



Foto: Susan Pöschl, Berlin

**Prof. Dr. Dr. h.c.  
C. Wolfgang Müller**  
war Gründer und Direktor des Instituts für Sozialpädagogik an der TU Berlin und lehrte Erziehungswissenschaften und Sozialpädagogik. Kontakt: über die Redaktion.

sung schön ruhig und wirkungslos bleibt... Da haben wir es endlich gefressen, dass wir gegen den Magnifizenzwahn und akademische Sondergerichte, gegen Prüfungen, in denen man nur das Fürchten, gegen Seminare, in denen man nur das Nachschlagen lernt, gegen Ausbildungspläne, die uns systematisch verbilden, gegen Sachlichkeit, die nichts weiter als Müdigkeit bedeutet... – dass wir gegen den ganzen alten Plunder am sachlichsten argumentieren, wenn wir aufhören zu argumentieren und uns hier in den Hausflur auf den Fußboden setzen. Das wollen wir jetzt tun“ (Schneider 1967).

Das war im Mai 1967. Einen Monat später demonstrierten viele Berliner/innen gegen den Besuch des Schah Reza Pahlewi und wurden unter den Augen der Berliner Polizei von persischen Agenten mit Stöcken und Stangen verprügelt. Der Student Benno Ohnesorg wurde von einem Polizisten erschossen. Die Überführung in seine westdeutsche Heimat und die darauffolgende Kette von Demonstrationen wurden später als die „Geburtsstunde der 68er“ festgeschrieben.

Es hat damals allerdings noch eine andere Demonstration gegeben, die den Anspruch erheben könnte, eine Geburtsstunde der 68er zu markieren. Diese Geschichte spielt am 13. September 1968 in Frankfurt am Main. Dort hielt der Sozialistische Deutsche Studentenbund im Festsaal des Studentenhauses seine Jahreskonferenz ab. Die Filmstudentin Helke Sander war die letzte Rednerin vor der Mittagspause. Sie hatte mit anderen Frauen zusammen Anfang des Jahres den „Aktionsrat zur Befreiung der Frauen“ gegründet und trug jetzt im SDS das Gründungsmanifest der neuen Frauenbewegung vor. Sie kennzeichnete die aktuellen politischen Auseinandersetzungen als Geschlechterkonflikt und nicht als Generationenkonflikt. Freundlicher Beifall, Diskussion nach der Mittagspause. In dieser Pause hatte Sigrid Rüger, eine Kommilitonin von Helke Sander, ein Kilo reife Tomaten gekauft. Als die Konferenzleitung nach der Pause zum nächsten Tagesordnungspunkt übergeben wollte, protestierten die Frauen und Sigrid Rüger warf ihre Tomaten auf die Männer am Vorstandstisch. Eine Tomate traf Hans-Jürgen Krahl, einen der, wie es hieß, „Chef-Theoretiker“ des SDS. Und Helke Sander warnte ihre Genossen, wenn sie nicht bereit wären, die Frauenfrage zu diskutieren, dann sei der SDS nichts weiter „als ein aufgeblasener konterrevolutionärer Hefeteig“.

Ich möchte jetzt etwas klarstellen: Ich bin kein 68er. In der Zeit, die ich beschreibe, war ich vierzig Jahre alt und seit drei Jahren außerordentlicher Professor für Erziehungswissenschaft/Sozialpädagogik an der Pädagogischen Hochschule Berlin. Vorher hatte ich zwei Jahre lang als *Harkness Fellow* die Anfänge von Methoden der Sozialen Arbeit in den USA studiert und war dabei in Berührung mit den Protestwellen gegen Rassendiskriminierung, Arbeitslosigkeit, Armut und den Krieg in Vietnam gekommen. Vor allem die politische Kultur der Folk and Protest Song-Bewegung mit Pete Seeger, Joan Baez und Bob Dylan hatte es mir angetan. Mit anderen Studierenden zusammen hatte ich gegen den Krieg in Vietnam demonstriert, hatte auf der Zufahrtsstraße zum Port of Chicago gesessen, wo die Soldaten für den Krieg eingeschifft wurden, war mit den

anderen Amerikanern bespuckt und weggetragen worden und hatte dieses große Land als aufnahmefähig für die Forderungen erlebt: „Steh auf und erhebe Deine Stimme für Deine Überzeugung“. Und ich hatte Universitäten erlebt, die nicht in wissenschaftliche Disziplinen eingemauert waren, sondern die interdisziplinär Studierende in *Schools of Education* auf ihre vielfältigen Erziehungsaufgaben vorbereiteten. Und deren Lehrkräfte mit ihren Studierenden verkehrten wie mit ihresgleichen. So gesehen glaubte ich gut vorbereitet zu sein auf meine neue Situation als Hochschullehrer in Berlin. „Lehrer“ hatte ich niemals werden wollen – zumindest nicht in der Gestalt, die ich in den Jahren nationalsozialistischer Schule erlebt hatte. Jedoch wollte ich mich immer schon anderen mitteilen, mündlich wie schriftlich – nicht als Besserwisser, sondern unter Gleichen.

## Eine neue Zeit auf dem Campus

Im Herbst 1965 machte der Lankwitzer Campus der Pädagogischen Hochschule noch einen idyllischen Eindruck. Die Studenten trugen Anzüge mit Bügelfalten an den Hosen und sagten „Sie“ zueinander. Die Studentinnen erschienen zu ihren Zwischenprüfungen im „kleinen Schwarzen“. In den Vorlesungen wurde mitgeschrieben und hinterher auswendig gelernt.

Das änderte sich drei Jahre später. Die Studierenden kleideten sich plötzlich wie junge Leute, die noch nicht beeindrucken müssen. Sie redeten untereinander nicht wie mit Konkurrenten, sondern wie mit Genossen. Und sie stellten uns Lehrkräften nachfassende Fragen und musterten die Literaturlisten, die wir verteilten, auf blinde Flecke hin. Denn das waren die wichtigsten drei Mängelrügen, welche die sich formierende Studentenbewegung den für sie zuständigen Hochschullehrer/innen in Erziehungswissenschaft vorhielten:

- Ihr bereitet uns nicht darauf vor, als Lehrerin oder Lehrer vor einer Klasse zu stehen und unser Fach wirkungsvoll zu unterrichten!
- Die wissenschaftliche Tradition, auf die Ihr Euch beruft, ist sprachlos gegenüber Erkenntnissen und Autoren, die wir inzwischen für bedeutsam halten und die Ihr verschwiegen habt!
- Die Art und Weise, wie Ihr untereinander und mit uns umgeht, erinnert uns an den Muff von tausend Jahren.<sup>1</sup>

Ich sehe noch den ersten „Raubdruck“ vor mir, den Student/innen in meinem Seminar über „Grundfragen der Erziehung“ in Umlauf brachten. Es war der auf ORMIG-Matri-

---

1 Am 9. November 1967 feierte die Universität Hamburg die Übergabe des Rektorenamtes mit einem Einzug der ordentlichen Professoren im festlichen Ornat. Zwei Studenten, Detlef Albers und Gert Hilmer Hinnerk Behlmer, setzten sich an die Spitze des Zuges und entrollten ein Spruchband: „Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren“.

zen gedruckte Text des 1925 im Internationalen Psychoanalytischen Verlag publizierten Buches von Siegfried Bernfeld „Sisyphos oder die Grenzen der Erziehung“! In ihm verglich der Autor die Erziehungswissenschaftler, die er gelesen hatte, mit wunderlichen Astronomen, die des Nachts fest schlafen und sich am Vormittag von den Sternen erzählen lassen, um über sie am Nachmittag zu schreiben. Lutz von Werder hat für mich das große Verdienst gehabt, im Auftrag der damals von Studentinnen gegründeten Sozialistischen Kinderläden Berlin, eine, wie er schrieb, „relativ vollständige Biographie unterschlagener, verbotener, verbrannter Schriften zur revolutionären sozialistischen Erziehung von A (Adler) bis Z (Clara Zetkin)“ zu schreiben (Zentralrat der sozialistischen Kinderläden 1969). Die Kinderläden waren von Studentinnen gegründet worden, die auch Mütter waren und die ganztägliche Verpflichtung zur Unterbringung ihrer Kinder abgeben wollten, ohne an die ihrer Meinung nach einschränkenden Erziehungsprinzipien privater und kommunaler Kindergärten gebunden zu sein. Diese Mütter machten die tägliche Arbeit. Ihre Männer machten sich Gedanken über sinnvolle und klassenunspezifische Erziehungsprinzipien, lasen entsprechende Texte, beteiligten sich aber auch an der täglichen Erziehungsarbeit. Die von von Werder rezipierte erziehungs- und gesellschaftswissenschaftliche Fachliteratur ging weit über die damals in Seminaren abgefragte und auch über die unter der Hand gehandelte „antiautoritäre“ Tradition im Kielwasser der Erinnerungen Alexander S. Neills hinaus (Neill 1960).<sup>2</sup>

Das Interesse der Studierenden, die ich kannte und die von der nun in die Gänge kommenden wissenschaftlichen Bewegung der „68er“ bewegt worden waren, war anspruchsvoller als die „Laissez faire“-Pädagogik in Summerhill. Die israelische Kibbuz-Erziehung wurde Gegenstand zahlreicher Seminare und wissenschaftlicher Arbeiten, die Kollektiverziehung Anton Makarenkos fand eine neue, große und kritische akademische Öffentlichkeit – schon deshalb, weil Makarenko seine kollektive Arbeitererziehung in deutlichem Gegensatz zu den psychoanalytischen Konzepten entwickelt hatte, die in den ersten Jahren nach der sowjetischen Revolution im ukrainischen Volksbildungskommissariat Orientierungslinie gewesen waren. Angesichts der wachsenden Überzeugung, dass es keine „allgemeinmenschliche“ Erziehung geben würde, sondern dass Erziehung immer „Klassenerziehung“ wäre, gewann die Frage an Bedeutung, was eine klassenspezifische Familienerziehung bewirke. Damals lagen die ersten Untersuchungen über das nordamerikanische Projekt der *Operation Head Start* vor, der wir auch die „Sesamstraße“ verdanken. Die daraus abgeleitete „kompensatorische Erziehung“, welche die angeblichen Lern- und Leistungs Nachteile von Arbeiterkindern kompensieren sollte, wurde von politisierenden Student/innen abgelehnt, weil sie ein Menschenbild enthielt, das die Sozialisation dieser Kinder als „defizitär“ brandmarkte, ohne die

---

2 Neill hatte 1921 in der Grafschaft Suffolk ein Landerziehungsheim gegründet und nicht direktiv, an Erkenntnissen der Psychoanalyse vor allem in der Fassung von Wilhelm Reich orientiert geleitet. 1960 veröffentlichte er seine Erfahrungen. 1965 publizierte der Szczesny Verlag eine deutsche Übersetzung unter dem Titel „Erziehung in Summerhill. Das revolutionäre Beispiel einer freien Schule!“ Es hatte mäßigen Erfolg. Vier Jahre später erwarb der Rowohlt Taschenbuch-Verlag die Rechte an einer Paperback-Ausgabe mit dem neuen Titel „Theorie und Praxis der antiautoritären Erziehung. Das Beispiel Summerhill“. Die Ausgabe wurde ein Riesenerfolg und Pflichtlektüre der meisten Pädagogik-Studierenden und aller Mitarbeitenden in Kinderläden, Schüler-Läden und Eltern-Initiativ-Gruppen.

Stärken zu benennen, welche eine klassenspezifische Sozialisation eben auch enthalte. Manche Studierende überschritten in jenen späten sechziger Jahren die Grenzen von Erziehung und Erziehungswissenschaft. Für sie spielten jetzt die politische Ökonomie des Ausbildungssektors, die Engelssche Dialektik der Natur, die Brechtsche Didaktik und Bebels „Frau und der Sozialismus“ eine entscheidende Rolle. Sie interessierten sich weniger für die Chancen einer partnerschaftlichen Begegnung von Erziehenden und Erzogenen, sondern eher für die realen Chancen einer sozialistischen Gesellschaft und die Frage, wer für sie kämpfen könne.

Für andere Studierende war es eine ebenso offene wie drängende Frage, wie sie sich in ihrem Studium auf die Erziehung ihrer Kinder in und für eine sozialistische Gesellschaft vorbereiten könnten. Die Studentenbewegung begann sich in unterschiedlichen Fraktionen zu spalten. In der Frühzeit der Studentenbewegung, auf die ich mich jetzt beziehe, stand noch eine notwendige berufsnahe Studienreform auf der Tagesordnung: kein Referendariat nach dem Studium, keine häppchenweisen Praktika während des Studiums – aber was sonst?

Die Pädagogische Hochschule Berlin hatte inzwischen einen erziehungswissenschaftlichen Diplomstudiengang jenseits des Schulwesens eingerichtet. In ihm spielte das Diplomstudium zur Sozialen Arbeit eine strukturbestimmende Rolle. Unser Institut für Sozialpädagogik war inzwischen auf sechs, später auf acht Hochschullehrer/innen und mehrere Dutzend Lehrbeauftragte angewachsen und musste sich eine eigene Studienordnung geben. Da wir alle jahrelange berufliche Erfahrungen in Teilbereichen der Sozialen Arbeit hinter uns gebracht hatten und auch weiter in ihnen tätig waren, fiel es uns leicht, Praktika nicht ans Ende des Studiums zu schieben, sondern die Praxistätigkeit unserer Studierenden zum strukturbildenden Element des gesamten viersemestrigen Hauptstudiums zu machen. Wir erfanden das sogenannte „Theorie-Praxis-Seminar“ (TPS), in dem jeweils acht bis zehn Studierende ihre gesamte Hauptdiplomphase unter Anleitung eines praxiserfahrenen Kollegen oder einer Kollegin an einem Projekt tätig waren. Diese Tätigkeit sollte die Hälfte der in Aussicht genommenen wöchentlichen Studienzeit von 24 Stunden umfassen. Hinzu kamen praxisnahe Seminare in Sozial- und Gesellschaftswissenschaften, in Recht und in Verwaltungskunde, die an den Problemen des jeweiligen Projektes orientiert waren. Notwendige handwerkliche Fertigkeiten wurden in „Steckdosen-Wochenenden“ angesiedelt.

Die Studierenden sollten sich schon am Ende ihres Grundstudiums das generelle Projektthema für das TPS suchen und auch die Studierenden aussuchen, mit denen sie dann zwei Jahre lang zusammenarbeiten würden. Bis zur Auflösung unseres Diplomstudiengangs im Jahr 2005 an der Technischen Universität Berlin<sup>3</sup> haben wir mehr als

---

<sup>3</sup> Unser Institut für Sozialpädagogik und der damit verbundene Studiengang für Diplompädagogik (Soziale Arbeit) wurden im Dezember 2005 aufgelöst. Anstoß waren rigide Sparmaßnahmen des Landes Berlin, die sich schmerzlich auf die Technische Universität Berlin auswirkten, die auf ein Drittel ihrer ordentlichen Hochschullehrer hätte verzichten müssen. In dieser Situation erschienen dem Akademischen Senat der TU Erziehungswissenschaft, Lehrerbildung und Sozialpädagogik verzichtbar. Wir haben uns achselzuckend ge-

200 dieser Theorie-Praxis-Seminare unter großem Aufwand und mit vielen Anstrengungen durchgeführt. Am Ende eines TPS stand ein umfangreicher Tätigkeitsbericht, der hochschulöffentlich vorgestellt und begutachtet wurde. Einige dieser TPS sind sprichwörtlich geworden und haben Geschichte gemacht. So erscheint ein TPS auf meinem Schirm, das aus mehreren Fortsetzungen bestand, weil es immer wieder Studierende gab, die ihr Studium mit Handwerk, Abenteuer und unberührter Landschaft verbinden wollten: „Nyksund oder die Wiederbelebung eines verlassenen norwegischen Fischerdorfes“ (Soukup 1992).

Ende der 1960er-Jahre waren uns Studierende zugelaufen, die nicht eigentlich typisch waren. Wir begegneten „älteren“, berufserfahrenen Frauen, die meist über den zweiten Bildungsweg ihr Abitur nachgeholt hatten und sich nun ein für sie anspruchsvolles, aber auch alltagstaugliches Studium gönnten. Und wir bekamen Zulauf aus kirchlichen Ausbildungsstätten, weil deren Zöglinge erkannten, dass sie eigentlich nicht „das Wort auslegen“, sondern die Gesellschaft verändern wollten. Erziehung galt plötzlich als ein ehrenwerter Beruf und Soziale Arbeiter/innen wurden nicht als der verlängerte Arm hoheitlicher Korrektur begriffen, sondern als sensible Diskussionspartner/innen für mündige Bürger/innen aller Altersgruppen, die wissen wollen, was ihre Sache sei. Auch wenn es heute wie eine Übertreibung klingt: Ende der 60er- und Anfang der 70er-Jahre galten bei uns das Studium der Erziehungswissenschaft und die Vorbereitung auf Soziale Berufe als eine menschenbildende und gesellschaftsverändernde Praxis. Die sich ihr unterzogen, gingen hocherhobenen Hauptes durch die studentischen Vollversammlungen. Sie wollten praktische Erziehungsarbeit an der Basis leisten und nicht in abgehobenen Verwaltungen Akten bearbeiten und Rechtsverordnungen entwerfen. Wir mögen heute darüber lächeln. Damals hielten wir es für eine Errungenschaft.

## Reformierung der Sozialarbeit

Anderthalb Jahre nach dem *Sit-in* in der Freien Universität Berlin kamen ungefähr 150 Berliner Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zu einer Fortbildungsveranstaltung in das Fortbildungszentrum „Haus Koserstraße“ in Berlin-Dahlem. Sie sollten sich eigentlich über das gespannte Verhältnis zwischen ihrem behördlichen Auftrag und ihrem professionell gebotenen Eintreten für die je unterschiedlichen Interessen ihrer „Klienten“ Klarheit verschaffen. Ihre Mehrheit stimmte dann einem Antrag zur Vorbereitung einer Versammlung aller Sozialarbeiter/innen und Sozialpädagog/innen West-Berlins zu mit dem Ziel, Soziale Arbeit zur Emanzipation aller Beteiligten zu verändern. Diese zentrale Versammlung kam nie zustande. Aber die zu seiner Vorbereitung gebildeten Arbeitsgruppen (Funktion und Ideologie der Sozialarbeit, Sozialbürokratie, Heimerziehung, Gesundheitswesen, Ausbildung, Verhältnis zum „Republikanischen Club“) waren der aktive Kern des Arbeitskreises Kritischer Sozialarbeiter (AKS), der über die Grenzen

---

fügt. Wir haben über unsere Tätigkeit an vielen Stellen berichtet, vor allem in zwei Sammelbänden: Soukup/Koch 1988 und Müller/Ripp 1992.

Berlins hinaus die Sozialarbeiterbewegung anfeuern und begleiten sollte (zum Folgenden vgl. Müller, 2013, 236 ff.).

Auseinandersetzungen gab es damals vor allem über die prekären Arbeitsbedingungen in den einzelnen Berliner Sozialämtern. Berlin ist 1920 aus sehr unterschiedlichen Städten und Gemeinden zusammengefügt worden. Es hat zwölf Bezirke mit eigenen Bürgermeisterinnen und Bezirksämtern, was das Verwalten der Mehrmillionenstadt so schwierig macht. Im Dezember 1968 ertrotzten Kritische Sozialarbeiter am Berliner Wedding eine Dienstbesprechung über die „katastrophale Arbeitssituation in der TBC-Fürsorge“. Unangemeldete Kolleg/innen aus anderen Bezirken wollten eine Teilnahme an der Dienstbesprechung erzwingen und wurden vom Stadtrat abgewiesen und unter Polizeieinsatz aus dem Rathaus entfernt. Später kritisierten die Weddinger Kollegen das unabgesprochene *Go-in* mit dem Argument, „dass das *Go-in* eine demonstrative Handlung sein soll, die erst dann ihre Legitimation findet, wenn mehrere Versuche vorausgegangen sind, mit den gleichen Personen, gegen die sich die Aktion richtet, inhaltliche Diskussionen zu führen“. Hier deutet sich an einem konkreten Beispiel die unterschiedliche Einschätzung von Möglichkeiten beruflichen Handelns an, die später zu einer Spaltung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in zwei unterschiedliche „Fraktionen“ führen werden.

Der sich formierende Arbeitskreis kritischer Sozialarbeiter hatte nach meiner Wahrnehmung drei Schwerpunkte der Arbeit:

- das Thematisieren von beruflichen Problemen an den jeweiligen örtlichen Arbeitsplätzen;
- das gemeinsame und vorbereitete Auftreten bei überregionalen Veranstaltungen, Jahrestagungen und Kongressen;
- die Herausgabe einer kritischen Zeitschrift, die den Versuch machen soll, eine einheitliche, gesamtgesellschaftliche Strategie zu entwickeln und zu formulieren.

Das überregionale Verständigungsorgan sollte die Herausgabe der „Sozialpädagogischen Korrespondenz“ werden. Die erste überregionale Veranstaltung war der „4. Jugendhilfetag“ in Nürnberg. Er fand 1970 statt.

Die Jugendhilfetage waren eine Ausstellung von Einrichtungen und Maßnahmen der Kinder- und Jugend-Bildungsarbeit außerhalb von Familie und Schule, die sich nach dem strukturbestimmenden Reichsjugendwohlfahrtsgesetz des Jahres 1924 gebildet und entwickelt hatten. Veranstalter war eine bunte Mischung aus Jugendverbänden, Wohlfahrtsverbänden und länderstaatlichen Einrichtungen und Behörden, die in der Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge (später: Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe) zusammenarbeiten wollten. Dies war ein schwieriges Unternehmen:

Der 4. Jugendhilfetag sollte 1970 unter dem Motto „Kindheit und Jugend in der Gesellschaft“ stehen. Er machte mit seiner Formulierung „Kinder und Jugend“ und der gleichzeitigen Präzisierung „in der Gesellschaft“ den Weg frei für sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Beteiligung der jungen Generation bei der Realisierung unterschiedlicher Modelle von Gesellschaft. Die Veranstalter mochten an „unsere bestehende Gesellschaft“ denken. Die kritischen Sozialarbeiter/innen, die sich auf den Jugendhilfetag vorbereiteten, dachten offensichtlich an anderes und mehr. Mehr oder weniger gut vorbereitet auf die unterschiedlichen Arbeitsgemeinschaften des Jugendhilfetages reisten sie mit ihren Partnern und mit kleinen Kindern im Reisegepäck nach Nürnberg und brachten die etablierte Jugendhilfetagsregie gehörig durcheinander.

Für die einen war der 4. Jugendhilfetag in Nürnberg ein Zeichen für das Ende jeglicher verantwortungsvoller Kinder- und Jugendarbeit in der Bundesrepublik Deutschland. Für andere war er der Beginn einer neuen Zeit verantwortungsbewussten Nachdenkens über Hilfen für eine neue junge Generation, die das Schicksal nicht nur unseres Landes würde bestimmen können. Ich möchte zwei Kommentatoren zitieren, die aus unterschiedlichen politischen Positionen zu ähnlichen, abgewogenen Einschätzungen des Jugendhilfetags gekommen sind.

Das war einmal Albrecht Müller-Schöll vom Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche, der drei unterschiedliche Teilnehmergruppen des Jugendhilfetages sah und würdigte:

„Die Empörten, von den Stürmen gegenwärtiger Auseinandersetzungen offensichtlich noch weithin verschont Gebliebener. Ihr Leitbild Jugendhilfe – entstanden in den fünfziger Jahren – war ins Wanken geraten. Noch lag ihnen die Abstempelung als ‚Sozialsanitäter‘ (Moser in Bochum) im Magen. Das Programm hatten sie schon bei der Anreise als beunruhigend empfunden. Sie waren dennoch nach Nürnberg gekommen. Aber nun empfanden sie sich als Geprellte. Die zweite Gruppe, die *Liberal-Progressiven*, vertraten zumeist Meinungen, die den einen zu progressiv, den anderen zu konservativ waren. Die dritte Gruppe endlich, die *Linksradikalen*, zerfielen in mehrere Gruppen: am stärksten trat die *Sozialistische Aktion Jugendhilfetag* in Erscheinung. Ihr muß man wohl attestieren, daß sie sich auf den Jugendhilfetag gründlich präpariert und eine taktisch raffinierte Strategie entwickelt hatte. In alten Volkswagen und per Anhalter waren die zu dieser Gruppe Zählenden aus dem ganzen Bundesgebiet und aus Berlin angereist – rote Fahnen schwingend, feste Konzepte im Kopf und mit einem guten Dutzend antiautoritär erzogener Babys im Fond“ (Müller-Schöll 1970).

Und da war Ulf Lüers, der Leiter des Jugendhofs auf dem Dörnberg, der ideologische Verhärtungen nicht nur bei eher konservativen, sondern auch bei eher progressiven Teilnehmenden beobachtet hatte:

„Nonnen, die Bundestagsabgeordneten der CDU frenetisch zuwinken; offensichtlich eingeübte Sprechchöre ‚APO raus‘ – die solche Begeisterungstürme erweckten, daß man sich an die Filme über die Goebbelsrede im Reichssportfeld erinnerte. Doch die Gegenrufe: ‚Kirche raus‘ bewahrten davor, dieser Assoziation lange nachzuhängen. Schließlich kam es, wie es kommen mußte – und eigentlich schon vorher präzise im Programm hätte nachgedruckt werden können: Das Podium wurde besetzt, die Veranstaltungen für geschlossen erklärt, Walzermusik versuchte, die Sprechchöre zu überspielen, der Kongreß tanzte. Und ein Vorstand, der, als alle weg waren, erklärte, so habe er das ja gar nicht gemeint und alles, alles sei unverbindlich gewesen“ (Lüers 1970).

Gewiss, die Jugendhilfetage waren nicht die einzigen zentralen Veranstaltungen der Sozialen Arbeit, auf denen Beobachter die zunehmende Politisierung der Arbeit ablesen konnten. Manfred Kappeler hat die wechselvolle Geschichte dieser Jugendtage beschrieben, die ja von einem Zusammenschluss sehr unterschiedlicher Berufsgruppen der außerschulischen Jugendarbeit organisiert und verantwortet werden (Kappeler 2004). Aber diese Jugendarbeit war und ist das Tätigkeitsfeld Sozialer Arbeit, in dem staatsnahe, aber auch staatskritische Positionen eine besondere, artikulationskräftige Rolle spielen. Deshalb sagten die Veranstalter den ursprünglich geplanten 5. Jugendhilfetag vorsorglich ab und überließen damit das Feld der Sozialistischen Aktion.

Im Kern des Arbeitskreises Kritischer Sozialarbeiter hatte sich eine Gruppe von Kolleginnen und Kollegen gebildet, die eine kritische Fachzeitschrift für Kindergärtnerinnen, Erzieher, Jugendpfleger und Sozialarbeiter in Ausbildung und Beruf herausgeben wollten. Die Zeitschrift sollte Konflikte am Arbeitsplatz und Auseinandersetzungen mit Vorgesetzten beschreiben und erfolgreiche Widerstandsformen schildern. Im Mai 1969 erschien die erste Nummer der „Sozialpädagogischen Korrespondenz“ (SPK) auf einer Schreibmaschine geschrieben und auf Wachsmatrizen gedruckt. Sie sollte monatlich erscheinen und aus allen Bereichen von Praxis und Ausbildung berichten. Redaktionssitzungen sollen bekannt gegeben werden und für jede/n öffentlich sein. Die erste Ausgabe der SPK befasste sich mit Problemen an Kindertagesstätten, mit den Kampfmaßnahmen der Kindergärtnerinnen und mit den unterschiedlichen Arbeitsgruppen der SPK. Missstände, bisher nur individuell erfahren, sollten veröffentlicht und „im gesellschaftlichen Zusammenhang interpretiert und kritisiert werden“. Zudem sollte auf die Aufhebung der Trennung zwischen einzelnen sozialen Berufsfeldern geachtet werden.

Das erste größere und zusammenhängende Projekt der Zeitschrift war die kritische Betrachtung der drei klassischen Methoden der Sozialen Arbeit, die der Fachöffentlichkeit im besiegten Deutschland von den West-Alliierten und von vertriebenen deutschen Antifaschist/innen als professioneller Beitrag zur Entnazifizierung nahegelegt worden waren. An der vertieften Einzelfallhilfe kritisierte die SPK in ihrer Nummer 17, sie diskreditiere „weit davon entfernt, den Klienten über die wahren Ursachen seiner Hilfsbedürftigkeit aufklären zu können...“, statt dessen die Opfer einer pathologischen Gesell-

schaft und betreibt weiterhin deren Anpassung an die sie krankmachenden Verhältnisse“ (SPK 1970, 17, 4). Der Gruppenpädagogik wurde bescheinigt, dass sie ursprünglich an der Demokratisierung autoritärer gesellschaftlicher Verhältnisse durch eine vorwärtsweisende Selbsterziehung der jungen Generation beteiligt gewesen sei. Heute habe sie ihren politischen Anspruch verloren, sie sei konfliktscheu geworden, operiere mit einem Menschenbild, das die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen und konträren Klassen nicht anerkenne, und mute dem Einzelnen zu, „die in der Gesellschaft begründete Entfremdung in sich aufzuheben“ (SPK 1971, 19, 8). Die Kritik an der Gemeinwesenarbeit wurde in der SPK 21 im Wesentlichen an dem Lehrbuch von Murray G. Ross „Gemeinwesenarbeit. Theorie, Prinzipien, Praxis“ (1968) illustriert. Ross gehe von einem idealtypischen bürgerlichen Modell von Gesellschaft aus. Die Anlehnung an die Parson'sche Systemtheorie sei deutlich erkennbar und lasse sich in der Formel zusammenfassen: „Da es unmöglich ist, im bestehenden System die Mittel den Wünschen anzupassen, müssen die Wünsche den Mitteln angepasst werden“ (SPK 1972, 21, 6).

Der Grundton dieser, wie ich finde, berechtigten Kritik war das Fehlen einer auch nur in Ansätzen nicht bürgerlichen Gesellschaftstheorie, die den von der Sozialen Arbeit erreichten und betroffenen Personen die Botschaft nahelegte, sich nicht aufzuregen, sondern über eine Gesellschaft nachzudenken und an ihr zu arbeiten, die die alte Sozialarbeit nicht mehr nötig macht.

Nach der ersten Spaltung des Arbeitskreises Kritische Sozialarbeit 1968 über die Frage angemessener Protestformen von Sozialarbeiter/innen in den bezirklichen Berliner Verwaltungen zeichnete sich ein Jahr später eine weitere, tiefer greifende Spaltung der kritischen Sozialarbeiter/innen ab, die mit ihrer je unterschiedlichen Studien- und Berufspraxis zusammenhing. Bereits berufstätige Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter wollten ihre Arbeitsplätze nicht verlassen, aber gleichzeitig auch einen Beitrag zur Veränderung gegenwärtiger Gesellschafts- und Herrschaftsverhältnisse leisten. Sie glaubten zu erkennen, dass viele ihrer Klient/innen unter den bestehenden Verhältnissen litten und ein Interesse daran haben müssten, sie zumindest ansatzweise zu ändern. Ihnen dabei zu helfen, ohne ihren Beruf aufgeben zu müssen, war Hoffnung und Perspektive dieser Berufsgruppe.

Andere junge Leute studierten noch und waren auf der Suche nach einer gesellschaftsverändernden Berufsperspektive. Sie suchten nach Gesellschafts- und Wirtschaftstheorien, die ihnen helfen könnten, Strategien der Sozialen Arbeit zu entwickeln, auf die sie sich als Studierende vorbereiteten. Die Soziale Arbeit, die ihnen im Studium nahegebracht worden war, hielten sie für kontraproduktiv. Die Ausbildung in den klassischen Methoden der Sozialen Arbeit hielten sie für „Handwerkelei“. Ausgestattet mit einer „richtigen“ Gesellschaftstheorie meinten sie, einen produktiven Beitrag zur Gesellschaftsveränderung leisten zu können. Das dafür notwendige Handwerk glaubten sie durch selbst gewählte Aktivitäten in Bürgerinitiativen, anderen Selbsthilfegruppen und eigenen Praxisfeldern erwerben zu können. In verlassenem Einzelhandelsläden in ihrem

Wohnbezirk gründeten sie Kinderläden, in denen sie mindestens einmal in der Woche als Erzieher/innen arbeiteten. Sie schlossen sich Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen von Patient/innen an, die mit der gegenwärtigen Schulmedizin im Konflikt lagen. Sie protestierten gegen Pläne für eine neue Stadt, die Berlins alte Arbeiterviertel niederreißen und Stadtbezirke „autofreundlich“ machen sollten. Und sie versuchten (meist erfolglos) in einzelnen industriellen Großbetrieben Fuß zu fassen und ein Gegengewicht zu den „revisionistischen“ Betriebsgewerkschaftsleitungen zu etablieren.

Während die einen berufstätig waren und es bleiben wollten, wollten die anderen weiter studieren, aber im Studium eine eigene Praxis vorbereiten, die ihren inzwischen im langen Marsch durch die blauen Bände der Marx-Engels-Gesamtausgabe erworbenen politisch-ökonomischen Grundkenntnissen entgegenkommen würde. Angehörige dieser zuletzt genannten Gruppe, die ihre eigene „soziale Arbeit“ erfunden hatten und an der Aneignung einer „nicht-revisionistischen“ Gesellschaftstheorie arbeiteten, verließen das Redaktionskollektiv der Sozialpädagogischen Korrespondenz im September 1969. Zur Begründung führten sie den mangelnden Bewusstseinsstand der Mehrzahl und deren illusionären Glauben an die Reformierbarkeit von Institutionen innerhalb der vorfindlichen Gesellschaft an. Das waren die im weitesten Sinne „Nicht-Revisionisten“. Später wurden sie „Anti-Revisionisten“ auf der Suche nach einer eigenen Partei.

Auf der Suche nach kampffähigen und kampflustigen Mitkämpfer/innen näherten sich diese Anti-Revisionisten einzelnen Gruppen junger Leute, die ihnen als widerspenstig in kirchlichen und kommunalen Jugend-Wohn- und Erziehungsheimen aufgefallen waren. In der „Staffelberg-Kampagne“ versuchten sie im Umkreis von Frankfurt am Main, diese Heim-Jugendlichen dafür zu gewinnen, ihre Heime zu verlassen und Wohngemeinschaften zu gründen oder sich in studentische Wohngemeinschaften zu integrieren. Diese Versuche misslangen. Die Erfahrungen führten zu einer „Randgruppen-Strategie-Diskussion“, welche von der „Roten Pressekonferenz“ an der Technischen Universität Berlin organisiert worden war. Auf dieser Konferenz wurden die unerfüllten Hoffnungen thematisiert, welche die Initiatoren der „Heim-Kampagne“ auf der Suche nach einem neuen, kampffähigen Proletariat verbunden haben mochten. Die „Randgruppen-Strategie“ wurde fallen gelassen, weil die von ihr erreichten Jugendlichen keine verlässlichen Kader für den Aufbau einer neuen, antirevisionistischen Arbeiter-Organisation abgeben würden (siehe Rote Pressekorrespondenz 1969, 39 und 1970, 54). Diese Einschätzung wiederum veranlasste die verbliebene Redaktion der SPK in der Ausgabe, die das Ende ihres Erscheinens mitteilte, zu der Bemerkung:

„Als die Kinder der Bourgeoisie die Arbeiterklasse entdeckten, ließen sie mit der Randgruppenstrategie auch den eben erst hergestellten organisatorischen Zusammenhang des Arbeitskreises Kritischer Sozialarbeiter als ungenügend fallen“ (SPK 1973, 31/32, 40).

Das waren die offensichtlichen „Erfahrungen“ der Staffelberg-Kampagne in Frankfurt und ihre späteren Verallgemeinerungen. Es gibt aber auch ein paralleles Beispiel der Intervention politisierter Sozialer Arbeit aus Berlin. Hier gab es in denselben Jahren eine „Berliner Heimkampagne“, die Manfred Kappeler, einer der als Sozialarbeiter Beteiligten, zwei Generationen später in einem Sammelband beschrieben hat. Diese Kampagne ist nicht von außen an sogenannte „Heimzöglinge“ herangetragen worden, sondern sie wurde aus den „institutionellen Widersprüchen“ gleichsam „von innen heraus“ mit *allen* Beteiligten und Betroffenen entwickelt, also mit Jugendlichen ebenso wie mit ihren Erzieherinnen und Erziehern, aber auch mit den Kolleginnen und Kollegen in den Jugendämtern und mit den Beamtinnen und Beamten in der Berliner Zentralverwaltung.

Manfred Kappeler zog 2018 eine andere Schlussfolgerung aus seinen damaligen Aktivitäten in Berlin-Kreuzberg als die Autoren der „Staffelberg-Kampagne“:

„Bei aller Zuspitzung der Auseinandersetzungen zwischen den Kontrahenten führte zuletzt die dialektische List im Verhältnis von ‚Sozialreform und Revolution‘ (Rosa Luxemburg) – hier die ‚reformerische Vernunft‘ der linksliberalen Sozialdemokratinnen im Bezirksamt Kreuzberg und im Landesjugendamt und dort die ‚revolutionäre Ungeduld‘ der linksliberalen Aktivistinnen – zu bedeutenden und nachhaltigen Verbesserungen der Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen in den Heimen und zu Veränderungen in den Sichtweisen und Arbeitsbedingungen in den Institutionen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in der Stadt“ (Kappeler 2016, 152).

Es mag so klingen, als habe die Phase einer, wie ich meine, notwendigen Politisierung des Nachdenkens über Soziale Arbeit nur die von mir am beschränkten Berliner Beispiel geschilderten paar Jahre gedauert. Dieser Eindruck ist falsch. Arbeitskreise kritischer Sozialarbeiter sind auch heute noch vor Ort aktiv. Widerspenstige Fachzeitschriften wie die „Widersprüche“ und „Sozial Extra“ haben weiterhin eine (allerdings begrenzte) Leserschaft. Andere Gruppen von Sozialarbeiter/innen haben sich neuen sozialen Bewegungen und politischen Themen zugewandt oder haben sich Weiterentwicklung und Kultivierung der eigenen Person verpflichtet. Heute erinnern Achtundsechzigerinnen vernehmbar daran, dass der Aufstand von Studentinnen und Berufspraktikerinnen vor mehr als 50 Jahren im Kampf für die Gleichstellung von Frauen und die gesellschaftliche Wahrnehmung von Konfliktbereichen und Konfliktzonen unsere veröffentlichten Meinungen wesentlich mehr bewegt haben, als wir Männer als ehemalige Zeitzeugen zugeben, wenn wir an unseren Erinnerungen arbeiten und dabei unsere Wunden lecken (ein spätes positives Beispiel: Hodenberg 2018).

## Literatur

- Hodenberg, Christina von (2018): Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte, München.
- Kappeler, Manfred (2001): Zwischen Reform und Revolution. Die Jugendhilfetage 1968 bis 1978, ein kritischer Rückblick, in: Sozial Extra Mai 2001.
- Kappeler, Manfred (2016): Die Berliner Heimkampagne. Ein Beispiel von Studierenden und Praktikerinnen der Sozialen Arbeit, in: Birgmeier, Bernd/Mührel, Eric (Hrsg.): Die „68er“ und die Soziale Arbeit. Eine (Wieder)Begegnung, Heidelberg, S. 123–152.
- Lüers, Ulf (1970), in: Ausserschulische Bildung. Mitteilungen des Arbeitskreises Deutscher Bildungsstätten 1970, S. 2.
- Müller, C. Wolfgang (2013): Wie Helfen zum Beruf wurde. Eine Methodengeschichte der Sozialen Arbeit, 6. Aufl., Weinheim.
- Müller, C. Wolfgang/Ripp, Winfried (Hrsg.) (1992): Tropfen auf heißem Stein. 25 Jahre Institut für Sozialpädagogik der TU Berlin, Weinheim.
- Müller-Schöll, Albrecht (1970): Zu Anfang und zu Ende ein Paukenschlag, in: Die Innere Mission, August 1970.
- Neill, Alexander S. (1960): Summerhill. A radical approach to child rearing, New York.
- Rote Pressekorrespondenz (1969 und 1970).
- Schneider, Peter (1967): Wir haben Fehler gemacht. Rede auf der Vollversammlung der Freien Universität Berlin am 5. Mai 1967.
- Soukup, Günther (1992): Das Abseits und das Gewöhnliche. Nyksund als Chance und Verfremdung, in: Müller, C. Wolfgang/Ripp, Winfried (Hrsg.): Tropfen auf heißem Stein. 25 Jahre Institut für Sozialpädagogik der TU Berlin Weinheim, S. 192–212.
- Soukup, Günther/Koch, Reinhard (Hrsg.) (1988): Es kamen härtere Tage. Soziale Arbeit zwischen Aufbruch und Stagnation, Weinheim.
- SPK – Sozialpädagogische Korrespondenz 17 (1970): Kritik der Methoden der Sozialarbeit. Teil 1: Case Work.
- SPK – Sozialpädagogische Korrespondenz 19 (1971): Kritik der Methoden der Sozialarbeit. Teil 2: Social Groupwork.
- SPK – Sozialpädagogische Korrespondenz 21 (1972): Kritik der Methoden der Sozialarbeit. Teil 3: Gemeinwesenarbeit.
- SPK – Sozialpädagogische Korrespondenz 31/32 (1973): Zur Einstellung des SPK.
- Tenorth, Heinz-Elmar (2011): Status und Funktion universitärer Pädagogik, Humboldt Universität Berlin: Öffentliche Vorlesung 169, Berlin.
- Zentralrat der sozialistischen Kinderläden (Hrsg.) (1969): Erziehung und Klassenkampf, oder deren Geschichte nebst einer relativ vollständigen Bibliografie unterschlagener, verbotener, verbrannter Schriften zur revolutionären sozialistischen Erziehung, Berlin.